

Wenn der hoch verschuldete Staat nach Geldquellen sucht

# Die privaten Vermögen im Visier

Von Gerd Held

Auf den ersten Blick erscheint es als purer Zufall, dass die Verabschiedung des größten Schuldenhaushaltes in der Geschichte der Bundesrepublik mit einer großangelegten Durchsuchungsaktion in Privathaushalten, basierend auf gestohlenen Bankdaten, zusammenfällt. Der Öffentlichkeit werden Erklärungen angeboten, die beide Vorgänge voneinander trennen und verharmlosen. Die Schulden sollen vorübergehend sein, weil neues Wachstum zu erwarten ist und man in Zukunft auch „rigoros“ sparen wolle. Bei den Hausdurchsuchungen gehe es hingegen nur um „Steuersünder“ und damit im Grunde um Schutz des ehrlichen Steuerzahlers. Diese Wort-Politik mag glauben, wer will. Man kann sich die Vorgänge allerdings auch anders zusammenreimen. Es fällt ja auf, dass sich die Regierung nun schon seit Monaten weigert, auch nur ein einziges Sparvorhaben zu benennen. Zugleich ist die Behauptung, ein „beschleunigtes Wachstum“ sei der Ausweg, immer unhaltbarer geworden. So scheint sich die Regierung in einer Marktwirtschaft auf Schuldenbasis einrichten zu wollen. Neue Zahlungszusagen gehen ihr erstaunlich leicht über die Lippen. Diese Zusagen erreichen jetzt eine ganz neue Dimension, wenn tatsächlich ein europäischer Rettungsschirm für überschuldete Staaten eingerichtet werden sollte.

Wie soll man diesen Leichtsinns im Schatten des Schuldenturms verstehen? Ist es wirklich nur ein Fehlen jeglicher Konzeption? Oder regiert da vielleicht doch eine geheime, niemals wirklich zu Ende gedachte und ausgesprochene Spekulation: auf das Privatvermögen der Bürger. Dies Vermögen beläuft sich auf ca. 10,4 Billionen Euro in Immobilien, Aktien, Versicherungen, Bankeinlagen und verschiedensten

Sachwerten. Ein gewaltiger Betrag. Da liegt die Idee nicht ganz fern, „im Notfall“ auf diesen großen und verlockenden Batzen zurückzugreifen. Schon heute dient dies Vermögen indirekt als Gewährsgröße für die Stabilität, die Rating-Agenturen Deutschland bescheinigen. Warum sollte man da nicht auch einen direkten Zugriff ins Auge fassen? Schon findet man landauf, landab diskrete Hinweise auf den Billionenschatz der „Reichen“; die Themen „Vermögenssteuer“ und sogar „Zwangsanleihe“ werden in die Diskussion eingespeist. So werden die Hemmschwellen gegen eine Beschlagnahme von Privatvermögen allmählich gesenkt. Hier bekommen die pauschalen Anschuldigungen gegen „die Banken“ oder „die Manager“, die man inzwischen auch von höchsten Vertretern unseres Staates hören kann, ihren konkreten Sinn: Sie verankern eine generelle Schuld exakt dort, wo es etwas zu holen gibt. Von der moralischen Bringeschuld zur handfesten Zahlungsaufforderung ist es dann nicht mehr weit.

Gewiss ist die Verfolgung von Steuerhinterziehung ein legitimes Anliegen, aber vor dem Hintergrund der notorischen Verweigerung einer Haushaltskonsolidierung bekommt der Steuer-Eifer eine andere Dimension. Hier wird schon für größere Zugriffe geprobt und die Öffentlichkeit daran gewöhnt, dass der Zweck – die Begleichung einer erdrückenden Staatsschuld – außergewöhnliche Mittel rechtfertigt. Auch hat die Tatsache, dass die Ermittlungsaktion das Ausland einbezieht, eine tiefere Bedeutung. Denn zu den Errungenschaften der neueren Wirtschafts- und Bürgerkultur in Deutschland gehört die Vielfalt internationaler Beziehungen. Da liegt es nahe, international verdientes Geld auch im Ausland anzulegen. Auch in Staaten, bei denen

das Vermögen nicht so sehr unter dem Damoklesschwert einer übermächtigen Verschuldung steht. Diesen Ausweg zuzumachen, könnte in Deutschland zu einer verlockenden Vorstellung werden – spätestens dann, wenn auch die deutsche Staatsschuld nicht mehr problemlos an den internationalen Märkten zu platzieren ist. Wer mit solchen Mauern liebäugelt, sollte bedenken, dass unser Land auch eine gute Auswanderungstradition besitzt. Wenn Unternehmen und Leistungsträger feststellen müssen, dass ihr Vermögen im eigenen

Land nicht mehr geschützt wird, werden sie ihren Ausweg finden. Eine Politik, die auf das Privatvermögen der Bürger schießt, wird sich auch hier als ruinös erweisen.

Zugegeben, das Ganze ist eine hässliche, bedrohliche Geschichte. Es wäre schön, wenn sie sich als unwahr erweisen sollte. In der Hand der Regierung liegt es, sie zu widerlegen und endlich ein seriöses Sparprogramm vorzulegen. Wenn die Koalition aus CDU/CSU und FDP dazu allerdings nicht den Mut aufbringt, wird sie zu einer bedrohlichen Regierung werden.

*(Manuskript vom 22.3., erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ am 24.3.2010 unter der Überschrift „Die Reichen sollen es richten“)*